

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Dresden
Verleger: Sommerhäuser, 25 241
Post für Nachrichten: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 31. Juli 1927 bei täglich zweimaliger Auslieferung drei Mark 1.50 Mk.
Vollbezugspreis für Monat Juli 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnummer 10 Pfennig
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 8 mm breite Seite 5 Pf. für auswärts 4 Pf. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 2 Pf. bis 10 mm breite Reklamengänge 20 Pf., außerhalb 25 Pf., Offertengänge 30 Pf., Raum, Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle
Markenstraße 38/42
Druck u. Verlag von Ulrich & Reichardt in Dresden
Postfach-Ronto 1063 Dresden

Abdruck nur mit dem Namen der Dresdener Nachrichten zulässig. Unberechtigter Abdruck wird nicht aufbewahrt.

Zuspikung der inneren Krise Rußlands.

Gehaltszulagen an die Rote Armee - Die Vollmachten der Exekutive erweitert

Drohung Amerikas mit neuer Seeaufrüstung. - Der Streit um die Chorzower Stickstoffwerke für Deutschland entschieden.

Die Sowjet-Regierung fühlt sich unsicher.

Moskau, 27. Juli. Aus Moskau kommen erneut Nachrichten, die auf eine tiefgehende innere Krise in Sowjetrußland schließen lassen. Die Sowjetregierung fühlt sich durch die ständig wachsende Opposition und durch die Aufstandsbewegung in fast allen Provinzen aufs äußerste bedroht. Die Offiziere und Unteroffiziere der Roten Armee erhalten hohe Zulagen, um sie der Regierung zu verpflichten. Die Vollmachten der S. P. U. sind erneut erweitert worden. Zum Leiter im Kommissariat des Innern ist der frühere Chef der Tscheka, Wladimir Pawlow, ernannt worden. Sämtliche Auslandsvertretungen der Sowjetregierung sind angewiesen worden, über die Lage der Kommunisten in den betreffenden Ländern und über die Stellung der Staaten zu der englischen Politik gegenüber Rußland genaue Berichte zu erstatten. (Z. U.)

Tod zahlreicher hoher Sowjet-Beamter.

Ein noch ungeklärter Anschlag?
Berlin, 27. Juli. Die Petersburger Sowjetblätter der beiden letzten Tage bringen über 20 Todesanzeigen hervorragender Mitglieder der Petersburger Sowjetbeamten. In allen Anzeigen findet sich der Hinweis: „Befehle in den Diensten für das Proletariat.“ Es wird angenommen, daß es sich um die Opfer eines neuen gegenrevolutionären Anschlages handelt, von dem im Auslande noch nichts bekannt ist.

Frankreich warnt Moskau vor weiterer Propaganda.

Paris, 27. Juli. Wie der „Matin“ meldet, hat der französische Botschafter in Moskau, Herbet, Tschitscherin in entschiedener Form darauf aufmerksam gemacht, daß die Sowjetregierung der Propagandaaktivität in Frankreich ein Ende bereiten müsse, wenn ihr überhaupt an einem Ergebnis-

der französisch-russischen Verhandlungen gelegen sei. Die übliche Erwiderung, daß die Propagandatätigkeit nicht von der Sowjetregierung, sondern von der Dritten Internationalen ausgehe, habe Herbet nicht gelten lassen.

London, 27. Juli. „Aswetsija“ berichtet, die Sowjetregierung beabsichtige, die diplomatischen Beziehungen mit Tschanghaifschel - Rankinger Regierung wieder aufzunehmen, da Tschanghaifschel, obwohl Moskau seine innere Politik nicht billige, den Kampf unvermindert gegen den ausländischen Imperialismus fortsetze. (Z. U.)

Die S. P. D. demonstriert nicht für Rußland.

Berlin, 27. Juli. Die Berliner Kommunisten hatten sich an die hiesigen Sozialdemokraten mit der Aufforderung gewandt, in diesem Jahre eine große gemeinsame Kundgebung des Berliner Proletariats gegen die imperialistische Kriegsgeschichte für die Verteidigung Sowjetrußlands zu veranstalten. Der Berliner Bezirksvorstand der Sozialdemokraten hat darauf geantwortet, wir können nicht für Rußland demonstrieren. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundauschusses, der ebenfalls aufgefordert war, hat geantwortet, er müsse erst nächsten Dienstag in der Ortsratsversammlung dazu Stellung nehmen, er könne jetzt noch nichts sagen.

Ausschlüsse aus der S. P. D.

Berlin, 27. Juli. Die kommunistische Partei hat am 24. Juli sieben Funktionäre aus der Partei ausgeschlossen, darunter auch den früheren Parteisekretär Arthur Wolgast. Drei wurden wegen linker (1), drei wegen reformistischer Abweichungen ausgeschlossen. Einer soll sich Parteischädigungen haben zuschulden kommen lassen. Es verlautet, daß weitere Ausschlüsse bevorstehen. Ebenfalls ausgeschlossen wurde auf Anordnung der kommunistischen Parteizentrale der Reichstagsabgeordnete Renzler, Mannheim.

Vor Abbruch der Coolidge-Konferenz durch Japan

Instruktionen des Mikado.

Waga, 27. Juli. Aus Tokio wird gemeldet, daß das japanische Kabinett sich mit der Frage der Genfer Abrüstungskonferenz beschäftigt habe. Nach der vorwiegenden Meinung des Kabinetts ist eine Kompromißlösung in Genf zurzeit nicht mehr möglich. Amerika sei durch die Berichte von einem bevorstehenden Auseinandergehen, das ein solches Bündnis von der japanischen Regierung sich genötigt gesehen habe, ihren Botschafter in Washington zu beauftragen, der amerikanischen Regierung auseinanderzusetzen, daß ein solches Bündnis von der japanischen Regierung nicht erwogen worden sei. Die Erwägungen gingen lediglich von der Presse aus. Diese Erklärung habe die amerikanische öffentliche Meinung jedoch nicht zufriedengestellt, zumal in Amerika verlautet, daß Japan gegen Amerika rüfte.

Der japanische Ministerpräsident hat dem Mikado über die Genfer Konferenz Bericht erstattet und erhielt vom Mikado Instruktionen, die japanische Delegation aus Genf zurückzurufen, falls dort bis zur nächsten Woche keine Einigung erzielt werde.

Eine halbamtliche japanische Agentur weiß zu melden, daß die Konferenz infolge der amerikanisch-englischen Gegensätze nicht zu retten sei.

Amerika droht mit verstärkten Rüstungen.

Genf, 27. Juli. Die englischen Delegationsführer auf der Seeaufrüstungskonferenz, Lord Bridgeman und Lord Robert Cecil, werden am Donnerstag oder Freitag früh in Genf zurück erwartet. In der Zwischenzeit haben keine weiteren Verhandlungen stattgefunden, so daß die Konferenz gegenwärtig völlig ruht. Der weitere Verlauf der Konferenz hängt jetzt ausschließlich von der Instruktion ab, die die Londoner Regierung ihren Delegationsführern erteilt. Die Aussichten für das Zustandekommen des Abkommens auf der Abrüstungskonferenz werden allgemein gegenwärtig wenig günstig beurteilt. Nach den letzten Instruktionen aus Washington hält die amerikanische Delegation ihren Standpunkt in der Kreuzerfrage voll aufrecht. Sie lehnt nach wie vor die englischen Wünsche auf Herabsetzung der Tonnage und der Kaliber der Schiffsgeschütze der Kreuzer strikte ab. Eine Einigung scheint unter diesen Umständen in den kommenden Konferenzverhandlungen wenig Aussicht zu haben, falls nicht das Londoner Kabinett zu weitestgehendem Entgegenkommen gegenüber Amerika bereit sein sollte.

Gewisses Aufsehen hat in Genf ein Artikel des amerikanischen Delegierten auf der Abrüstungskonferenz, Admiral Jones, in einem Washingtoner Marineblatt hervorgerufen, in dem für den Fall eines Scheiterns der Genfer Abrüstungskonferenz

das künftige amerikanische Flottenbauprogramm entwickelt wird, und nach dem die amerikanische Delegation

der Washingtoner Regierung den Bau von 18 Großkampfschiffen, von 80 modernen Kreuzern, 270 Zerstörern, 110 U-Booten und 5 Flugzeugmutterschiffen vorgeschlagen habe, während Amerika gegenwärtig nur 10 große Kreuzer besitzt.

Ueber die Dauer der Konferenz gehen die Auffassungen gegenwärtig noch weit auseinander. Man nimmt an, daß nach der Rückkehr der englischen Delegierten bereits in einigen Tagen eine öffentliche Sitzung der Konferenz stattfinden wird, in der sodann die Delegationen nochmals ihren Standpunkt zu den einzelnen Programmpunkten darlegen werden.

Wirtschaftsverflechtung banni Kriegsgefahr.

Lord Birkenhead über die englisch-amerikanischen Beziehungen.

London, 27. Juli. In Ehren einer großen Anzahl amerikanischer Redakteure, die auf Einladung der Carnegie-Gesellschaft nach Europa gekommen sind, fand gestern Abend im Hotel Victoria ein Empfang statt, auf dem Lord Birkenhead eine längere Rede über die englisch-amerikanischen Beziehungen hielt. Der Respekt vor den Gesetzen des eigenen Landes und den internationalen Gesetzen habe, so führte Birkenhead aus, ein gemeinsames Band fundamentaler Übereinstimmung zwischen England und Amerika geschaffen. Damit sei aber keineswegs grundsätzlich das Gelingen des Krieges gebannt. Der Krieg bleibe vielmehr nach wie vor das große Problem des menschlichen Geistes und der menschlichen Natur. Wenn es nur möglich wäre, würden die heutigen Angelegenheiten vermieden können, würden die heutigen Angelegenheiten durch den Weg einer Vermeidung des Krieges in den wechselseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern. Was die heutige Auffassung Englands anlangt, so sei es der Sachwalter des britischen Weltreiches. Er sei der Ueberzeugung, daß Amerika an Stelle Englands diese Sachwaltertschaft nicht anders ausführen würde.

Primo wünscht Einigung mit Frankreich in Tanger.

Madrid, 27. Juli. Primo de Rivera äußerte sich einem Zeitungsvertreter gegenüber optimistisch über die baldige Lösung der Tangerfrage. Nach der Wessung Triandis erwarte er nunmehr bald eine befriedigende Antwort der französischen Regierung auf die letzte spanische Note wegen der Französischen Regierung auf die letzte spanische Note wegen der Uebertragung der Polizeigewalt in der internationalen Zone zur Verhinderung des Waffenschmuggels. Es sei höchste Zeit, daß Frankreich und Spanien, deren gemeinsames Vorhaben in Marokko so gute Früchte getragen habe, endlich an einer Verständigung kämen. (Z. U.)

Selbsthilfe gegen die Portoerhöhung.

Ein Entwurf des Reichsarbeitsverbandes.

Berlin, 27. Juli. Der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels hat, nachdem die Erhöhung der Postgebühren nunmehr gegen den Einspruch der Wirtschaftverbände beschlossen worden ist, nachdrücklich Vorschläge für Selbsthilfemaßnahmen der Großhandelsfirmen gegenüber den aus der Gebührenerhöhung sich ergebenden Mehrbelastungen ausgearbeitet:

1. Einheitsliche Versendung der Fakturen mit den Warensendungen, z. B. Frachtküper, Kisten, Ballen, Pakete, Päckchen. (In Sendungen, die durch die Erhöhung der Postgebühren nunmehr gegen den Einspruch der Wirtschaftverbände beschlossen worden ist, nachdrücklich Vorschläge für Selbsthilfemaßnahmen der Großhandelsfirmen gegenüber den aus der Gebührenerhöhung sich ergebenden Mehrbelastungen ausgearbeitet.) Auf einer besonderen Aviskarte (Druckfache, Postkarte), die mit fortlaufendem Nummernstempel zu versehen ist (Kulter ist ausgearbeitet worden), wird den Kunden am gleichen Tage mitgeteilt, daß die Sendung mit einliegender Rechnung an ihn abgegeben ist.

2. Von der Versendung von besonderen bisher üblichen Liefererscheinungen soll Abstand genommen werden und an deren Stelle gleich Rechnung erteilt werden, die den Warensendungen beizufügen ist.

3. Verzichtleistung der Mitglieder sämtlicher Verbände auf Empfangsbestätigung bei allen Zahlungsbewertungen.

4. In verstärktem Maße ist von der Drucksachenversendung Gebrauch zu machen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ein Unterschied zwischen Text- und Volltextdruck nicht mehr stattfindet. Auf allen Drucksachen ist erlaubt, handschriftlich, mit der Schreibmaschine, mit Stempel, im Druck- und Fandverfahren folgende Änderungen vorzunehmen:

Eine innere, mit der äußeren übereinstimmende Aufdruckangabe sowie in gleicher Weise Abdruckangabe, Firma, Name, Stand und Wohnung nebst Wohnung des Abenders, keine Fernsprechnummer, Telegrammanschrift und Telegrammkürzel sowie ein Postfachkonto und Bankkonto und sonstige schriftliche Kenn- und Wertmotive nachzutragen oder zu ändern. - Offensichtliche Druckfehler zu berichtigen. - Stellen des Druckes zu streichen, Worte oder Teile des Druckes durch Anstriche hervorzuheben und zu unterstreichen. - Ziffern an offenen gelassenen Stellen des gedruckten Wortlautes nachzutragen. - Ziffern zu ändern. - Sonstige Änderungen im Wortlaut sowie Nachtragungen an beliebiger Stelle vorzunehmen; diese Änderungen und Nachtragungen dürfen jedoch zusammengefaßt nicht mehr als fünf Worte umfassen und müssen in leicht erkennbarem, sachlichem Zusammenhang mit der gedruckten Mitteilung stehen. Durch die Änderungen und Zusätze dürfen keine Mittelungen in veränderter Sprache entstehen.

5. Die Ueberweisung vom Postfachkonto auf das Bankkonto kann dadurch beschleunigt und verbilligt werden, daß der Bank ein Postbarkasse überwiesen wird, der bereits am nächsten Tage dem Bankkonto gutgebracht wird. Die gleiche Ueberweisung auf Zahlungsbewertung durch das Postfachamt bringt eine Verzögerung von etwa drei Tagen mit sich.

6. Beim Abheben größerer Beträge von Postfachkonten durch solche Firmen, die über ein Reichsbank-Girokonto verfügen, werden durch Ueberweisung eines Reichsbankchecks, der bei der Reichsbank sofort gutgebracht bzw. ausbezahlt wird, bei regelmäßigem Verkehr nicht erhebliche Ersparnisse an Postfachauszahlungsgeldern erzielt (Gebühr ein Schtel pro Tausend statt 1 pro Tausend).

Die Organisation der Hindenburg-Spende.

Berlin, 27. Juli. Die Magdeburger Reichskonferenz des Reichsbanners hatte, wie gemeldet, eine Entschließung angenommen, der zufolge der Bundesvorstand mit Rücksicht auf Erfahrungen, die mit ähnlichen Spenden gemacht worden seien, „keinen Zwang auf die Mitglieder zur Beteiligung an der Hindenburgspende ausüben“ könne. - Die Geschäftsstelle der Hindenburgspende teilt dazu mit: Das Ziel der Vergangenenheit hier und da bei privaten Sammlungen Unzulänglichkeiten ergeben haben, ist der Hindenburgspende um so besser bekannt, als ihr Leiter jahrelang an führender Stelle den Wohlwollensschwund am liebsten bekämpft hat. Bei der Hindenburgspende dürfte die Gefahr der Wiederholung solcher Mängel ausgeschlossen sein. Abgesehen davon, daß ihre Leitung in den Händen von Beamten liegt, ist erfreulicherweise auch allenthalben eine lebhafteste Mitwirkung der Behörden festzustellen. Verser, die bei früheren privaten Sammlungen gegen das Versprechen von Provision angestellt waren, beschäftigt die Hindenburgspende selbstverständlich nicht. Die Geschäftsstelle erklärt ferner schon jetzt, daß sie nach Abschluß der Sammlung der Öffentlichkeit einen ins einzelne gehenden Rechenschaftsbericht vorlegen wird. Die Verwendung der Mittel liegt im übrigen in der Hand des Herrn Reichspräsidenten. Die Öffentlichkeit dürfte damit jede mögliche Gewähr für die zweckmäßige Verwaltung und Verwendung der Mittel der Hindenburgspende haben.